



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auch in der sitzungsfreien Zeit waren wir vielerorts unterwegs. Neben zahlreichen Sommerfesten und Wahlkreisterminen war das Isarinselfest sicherlich ein großes Highlight. Am 8. September hat der reguläre Sitzungsbetrieb in Berlin wieder begonnen. Bereits am 1. September ist der Bundestag zu einer Sondersitzung zusammengekommen, um über die Waffenlieferungen in den Nordirak zu debattieren. Dies war eine sehr schwierige Gewissensentscheidung. Wir haben uns beide gegen die Lieferungen ausgesprochen. Neben den Freihandelsabkommen TTIP und CETA steht nun im Herbst auch das Thema Mietpreisbremse auf der Agenda. Viel Spaß beim Lesen unseres Newsletters.

## Kernforderung der Münchner SPD umgesetzt – die Mietpreisbremse kommt!

25 Jahre lang haben wir in der Münchner SPD mit dem Mieterverein für eine Mietpreisbremse gekämpft – jetzt setzt die SPD diesen gerade für München zentralen Punkt aus dem Koalitionsvertrag um: Mit der Mietpreisbremse sollen Mietsteigerungen bei Wiedervermietungen künftig wirksam begrenzt werden. Das ist ein großer Verhandlungserfolg der SPD. **Noch bis vor kurzem hat die Union nämlich eine solche Mietpreisbremse als „Werkzeug aus der sozialistischen Mottenkiste“ diffamiert.**

In München lagen die Sprünge bei Wiedervermietung von Bestandswohnungen in den letzten 5 Jahren bei 25 %, in Universitätsstädten werden die Mieten teils um bis zu 40 % erhöht.

Normalverdiener können sich das Wohnen in gefragten Lagen oft nicht mehr leisten. Auf Dauer geht so eine ausgewogene soziale Mischung in den Städten verloren.

Der Kabinettsbeschluss sieht vor, dass die Miete bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt höchstens 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Grundlage für die Bemessung ist der Mietspiegel. Die Gebiete legen die Länder selbst fest. Dort gilt sie dann für fünf Jahre. Nach drei Jahren soll überprüft werden, ob sie noch sinnvoll und notwendig ist. Gerade für Ballungsräume wie München ist der Kabinettsbeschluss

grundsätzlich zu begrüßen. Leider wird die gute Idee durch Ausnahmen verwässert: Neubauten sollen dauerhaft von der Mietpreisbremse ausgenommen werden, umfassend renovierte Wohnungen bei Erstvermietungen. Begründet wird dies damit, dass dadurch Investitionen in den Wohnungsbau attraktiv bleiben sollen. Der Gesetzentwurf wird bald im Bundestag diskutiert werden – hier werden wir unsere Münchner Sicht einbringen.

**Uneingeschränkt zu begrüßen ist, dass bei Wohnungsmaklern bald gilt: „Wer bestellt, der bezahlt!“ Dies ist im Normalfall der Vermieter. Damit werden Mieter beim Umzug spürbar entlastet.**

## Klimaschutz auf allen Ebenen

**Große Ziele erreicht man auch mit kleinen Schritten. Das gilt auch für das Ziel, die Erderwärmung mit all ihren Folgen für das Klima zu begrenzen. Das Mittel dazu ist die Einsparung von Treibhausgasemissionen. Die Bundesregierung hat für Deutschland die Zielmarke von 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 festgelegt.** Ein ehrgeiziges Ziel, vor allem weil wir es erreichen wollen ohne Atomkraft, die ja bekanntlich - trotz aller Risiken - besonders klimaschonend Strom erzeugt. Umso wichtiger, Einsparpotenziale auf allen Ebenen zu nutzen, angefangen bei den Kommunen. Das Bundesumwelt-

ministerium hat das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ aufgelegt, in dem den Städten, Gemeinden und Landkreisen eine besondere Rolle beim Klimaschutz zukommt. Mit der „Kommunalrichtlinie“, die vor wenigen Tagen novelliert wurde, existiert ein Förderprogramm, mit dem seit 2008 über 6.000 Maßnahmen in 3.000 Kommunen umgesetzt werden konnten. Diese erstrecken sich von Klimaschutzkonzepten über den Ersatz ineffizienter Straßenbeleuchtung bis hin zur Einstellung von Klimaschutzmanagern. Auch München profitiert von diesem Programm. Unsere Stadt ist Vorreiter

in puncto kommunaler Klimaschutz und es existiert ein umfangreiches Maßnahmenpaket. Mit Förderung durch die Kommunalrichtlinie unterstützen seit Sommer 2013 elf Klimaschutzmanager verschiedene Referate der Stadtverwaltung und sichern damit die Koordination und Weiterentwicklung des Münchner Maßnahmenpakets zum Klimaschutz. **Wir können uns beim Klimaschutz nicht darauf verlassen, dass im internationalen Rahmen der große Wurf gelingt. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, das zu tun, was vor unserer eigenen Haustür möglich ist.**

## Wir gratulieren Ehrenbürger Christian Ude

**Am 15. September 2014 wurde unserem Altoberbürgermeister Christian Ude die Ehrenbürgerwürde der Landeshauptstadt München verliehen.** In seiner Laudatio würdigte Oberbürgermeister Dieter Reiter seinen Amtsvorgänger als Glücksfall

für München: „Die Ära Ude waren ausgesprochen gute Jahre für München.“

Wir möchten Christian Ude sehr herzlich zu dieser höchsten Auszeichnung, die die Landeshauptstadt zu vergeben hat, gratulieren.



Oberbürgermeister Dieter Reiter würdigte Christian Ude als "Glücksfall für München"

## Keine Schiedsgerichte bei CETA und TTIP!

**Während über das US-EU-Freihandelsabkommen TTIP in der Öffentlichkeit breit diskutiert wird, kamen vor kurzem die Verhandlungen zum europäisch-kanadischen Freihandelsabkommen CETA zum Abschluss.** Ausgehend von Forderungen nach mehr Transparenz auch von Sozialdemokraten im EU-Parlament und im Bundestag, hat sich die EU-Kommission bereiterklärt, die (derzeit nur auf Englisch vorliegende) 1500 Seiten lange Textfassung im Internet zu veröffentlichen (abrufbar unter <http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ceta/>). Jeder kann nun selbst

nachlesen, inwieweit der CETA-Text die roten Linien, die der SPD-Partei konvent beschlossen hat, einhält. Für uns ist klar: Wir werden Nachverhandlungen einfordern! Insbesondere die im vorliegenden Text vorgesehenen Investor-Staats-Schiedsgerichte sind für uns nicht zu akzeptieren. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat in Brüssel und im Plenum des Bundestags klargestellt: „Das Kapitel ‚Investitionsschutz‘ ist in der vorliegenden Fassung der EU für Deutschland nicht zustimmungsfähig.“ Außergerichtliche Streitschlichtungsverfahren sind zwischen zwei so

hochentwickelten Rechtssystemen wie in Kanada und der EU unnötig und würden die Regulierungshoheit aller beteiligten Staaten beeinträchtigen.

**Wir haben noch genug Möglichkeiten der politischen Einflussnahme: Die politischen Entscheidungen zu CETA im Europäischen Rat und im Europäischen Parlament stehen frühestens Ende 2015 an. Da wir von CETA als sogenanntem „gemischtem Abkommen“ ausgehen, schließt sich daran eine Ratifizierung in allen 28 EU-Staaten und eine ausgiebige Diskussion im Bundestag an.**

## Aus dem Wahlkreis

Auch in der Sommerpause waren Florian Post und Claudia Tausend in ihren Wahlkreisen unterwegs.



**MdB Metin Hakverdi**, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, bei einem gemeinsamen Gespräch mit Florian Post zum Thema Digitale Bürgerrechte vor fachkundigem Publikum im SPD-Bürgerbüro.



**MdB Metin Hakverdi zu Besuch in München** - v.l.n.r.: Metin Hakverdi, Stadträtin Ulrike Boesser, Claudia Tausend, Stadtrat Jens Röver und Florian Post.



**Mindestens 150 Jahre Wiesn-Erfahrung** mit Wiesn-Ehrenrat Hermann Memmel, dem langjährigen Wiesn-Stadtrat Helmut Schmid, Claudia Tausend und Florian Post beim Wiesnbesuch in der Augustiner-Hausbox.



**Gemeinsam mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Elke Ferner**, war Claudia Tausend zu Besuch im Horst-Salzmänn-Zentrum der AWO in Neuperlach.



**Petra Reiter und Florian Post auf dem Corso Leopold**, der trotz Regens erneut sehr gut besucht war.



**links: Claudia Tausend zu Besuch beim Garten- und Landschaftsbaubetrieb Reinhard Veit** zusammen mit dem Verbandsdirektor Rudolf Walter Klingshirn vom Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e. V.



**Die vermutlich älteste Bürgerinitiative zum Schutz der Umwelt** findet sich hier bei uns in München: Gabriel von Seidl gründete im Jahr 1902 den Isartalverein. Sehr gerne hat Claudia Tausend den Verein besucht und ist gleich Mitglied geworden.



**Claudia Tausend im Horst-Salzmänn-Zentrum** der AWO in Neuperlach.

## Kurzmeldungen



### Isarinsselfest 2014 ein voller Erfolg



Das Isarinsselfest ist in München nicht mehr wegzudenken. Auf sieben Bühnen wurde Anfang September zwischen der Ludwigs- und Maximiliansbrücke ein tolles und vor allem kostenloses Programm geboten.

Knapp 200.000 Menschen besuchten das Fest und feierten ausgelassen bei bestem Wetter. Wir freuen uns sehr darüber, dass sich das Fest so toll entwickelt hat. Gemeinsam mit den Mitveranstaltern AWO München und

ASB München arbeitet die Münchner SPD bereits am Konzept für das Isarinsselfest 2015. Ein besonders großer Dank gilt den vielen ehrenamtlichen HelferInnen, ohne die das Fest nicht möglich wäre.

### Elterngeld Plus

**Mehr Flexibilität und Zeit für die Familie wünschen sich viele Eltern. Das Elterngeld Plus, das in erster Lesung beraten wurde, trägt diesem Wunsch Rechnung und ist Fortführung erfolgreicher sozialdemokratischer Familienpolitik.** Künftig können Paare länger Eltern-

geld beziehen, wenn sie in Teilzeit arbeiten. Mit dem Partnerschaftsbonus werden die Paare unterstützt, die sich partnerschaftlich um die Kinderbetreuung kümmern. Außerdem können Eltern in Zukunft noch individueller die Zeit zwischen Arbeit und Kinderbetreuung einteilen.

### Auf dem Weg zum „Europa der Regionen“? Demokratie und Kompromissfähigkeit sind gefragt

„Das Wesen der Demokratie ist der Kompromiss.“

An diesen Satz von Willy Brandt muss man bei Betrachtung des Ergebnisses beim Referendum in Schottland sofort denken. Zwar hat sich eine Mehrheit der Schotten/innen gegen eine staatliche Unabhängigkeit entschieden. Dafür aber hat die Kampagne – wenn auch in letzter Minute – der Zentralregierung wichtige Zugeständnisse bei Steuererhebung und Gesetzgebung abgerungen, die so nun auch anderen Regionen Großbritanniens zugute kommen sollen. Wichtig ist jetzt, dass diese Versprechen zeitnah umgesetzt werden. Festfahren ist die Situation

derzeit leider in Spanien: Während die Provinzen Navarra und Baskenland bereits seit 1978 finanziell mehr oder weniger autonom sind, wurde 2010 vom Verfassungsgericht auf Antrag der Konservativen das Autonomiestatut für Katalonien (mit Zugeständnissen bei Sprache, Justiz- und Fiskalpolitik) in wesentlichen Punkten für verfassungswidrig erklärt, obwohl es 2006 vom spanischen Parlament und durch eine Volksabstimmung in Katalonien verabschiedet worden war. Ein von den großen katalanischen Parteien angestrebtes Referendum erklärt die derzeitige konservative spanische Regierung schlichtweg für illegal. Was auch immer man vom

Wunsch einiger Regionen nach Unabhängigkeit oder nach mehr Selbstständigkeit halten mag, er ist aus geschichtlichen Gründen da und dort einfach gegeben. Zentral ist, dass – wie in Großbritannien – ein demokratisches Verfahren mit Abstimmungen und Verhandlungen eingehalten wird. Das gilt natürlich nicht nur in Westeuropa!

**Für die Gestaltung des Verhältnisses Region/Zentralstaat gibt es mit dem Südtiroler Autonomiestatut von 1972 oder dem Föderalismus hierzulande bewährte Modelle, auch wenn der eine oder andere Punkt dann und wann neuen Entwicklungen angepasst werden muss.**

#### Florian Post, MdB



Belgradstr.15 a  
80796 München

facebook.com/bundestag2013  
E-Mail: florian.post@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 94 65 38

#### Claudia Tausend, MdB



Oberanger 38  
80331 München

facebook.com/tausendmalbesser  
E-Mail: claudia.tausend@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 93 28 58